



Emissionshandel wird zur Resterampe

Emissionshandel wird zur Resterampe
WWF: Überschüssige Zertifikate aus Handel nehmen. Wirtschaftsministerium gegen "Mini-Reförmchen"
Die EU-Kommission hat am Dienstag die aktuellen Daten zum europäischen Emissionshandel veröffentlicht. Im Vergleich zu 2011 sind die Treibhausgasemissionen noch einmal um 1,4 Prozent gesunken. Nach einer von WWF beauftragten Studie wird die Zertifikaten-Schwemme rund zwei Milliarden CO₂-Zertifikaten in 2012 erreichen. "Der europäische Emissionshandel droht zu einer billigen Resterampe zu verkommen. Das System funktioniert nicht mehr - und damit ist das Hauptinstrument der EU-Klimapolitik wirkungslos", warnt WWF-Referentin Juliette de Grandpré. Es müssten mindestens 1,4 Milliarden der überschüssigen Zertifikate unverzüglich und dauerhaft aus dem Handel genommen werden. Außerdem seien die laschen EU-Klimaziele endlich zu verschärfen. "30 Prozent Treibhausgasemissionen weniger bis 2020 sind dringend erforderlich", so de Grandpré.
Eine geplante Reform des Emissionshandels steht am 16. April im EU-Parlament zu Abstimmung. Die Vorschläge seien das absolut notwendige Minimum, so der WWF. In Zielen und Umfang würden diese das System zwar nicht langfristig stärken und schlagkräftiger machen, aber immerhin kurzfristig stabilisieren. "Was es jetzt braucht, ist ein klares Bekenntnis von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum europäischen Emissionshandel", so die Forderung der WWF-Expertin. "Die deutsche Bundesregierung ist jedoch zerstritten. Während das Umweltministerium dieses Mini-Reförmchen begrüßt, lehnt das Wirtschaftsministerium sogar noch diesen Vorschlag ab." Nach den derzeitigen EU-Plänen werden zwar immerhin 900 Millionen CO₂-Zertifikate aus dem Markt genommen, allerdings 2019 und 2020 wieder auf den Markt geworfen. Es sei geradezu absurd, dass sogar die Stromindustrie aus Planungssicherheitsgründen für eine Herausnahme der Zertifikate plädiere, und ausgerechnet das Wirtschaftsministerium diese verweigere.
Insgesamt sei nicht nur die kriselnde europäische Wirtschaft ab dem Jahr 2009 für den Überschuss verantwortlich. Vor allem falsche Rahmenbedingungen wie beispielsweise die großzügige kostenlose Zuteilung und Nutzung von flexiblen Mechanismen - etwa außerhalb von Europa erbrachte Emissionsreduktion, die angerechnet werden dürfen - hätten die Funktionsfähigkeit des Systems von Anfang an belastet. Deshalb sei eine Grundreform des Systems längst überfällig, andernfalls müsste über nationalen Maßnahmen wie zum Beispiel ein Mindestpreis im Emissionshandel nachgedacht werden.
WWF - World Wide Fund For Nature
Rebstöcker Straße 55
60326 Frankfurt
Deutschland
Telefon: 069/791 44-0
Telefax: 069/61 72 21
Mail: info@wwf.de
URL: <http://www.WWF.de>
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=528019 width="1" height="1">

Pressekontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

WWF.de
info@wwf.de

Firmenkontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

WWF.de
info@wwf.de

Der World Wide Fund for Nature (WWF) ist eine der größten unabhängigen Naturschutzorganisationen der Welt und konzentriert seine Arbeit auf drei Großlebensräume: Meere & Küsten, Binnenland-Feuchtgebiete und Wälder. Er wurde 1961 (damals als World Wildlife Fund) in der Schweiz gegründet und verfügt über ein globales Netzwerk von 26 nationalen und fünf assoziierten Organisationen sowie 22 Programmbüros. Weltweit unterstützen ihn rund fünf Millionen Förderer. Der WWF handelt im Auftrag der Natur nach dem Prinzip Naturschutz für und mit Menschen. Die Umweltstiftung WWF Deutschland wurde 1963 als gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Stiftung gegründet. Naturschutz war damals für viele noch ein Fremdwort. Heute ist die Umweltstiftung mit 284.000 Förderern (Stand 2004) eine der größten privaten Non-Profit-Organisationen des Landes. Die meisten Projekte des WWF Deutschland seit 1963 waren es über 2.100 sind erfolgreich verlaufen. Im Jahr 2004 war der WWF Deutschland in 48 internationalen und 30 nationalen Naturschutzprojekten aktiv von der Bewahrung der Tropenwälder in Indonesien und Zentralafrika über den Schutz der mittleren Elbe bis zur politischen Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel. 19,3 Millionen Euro flossen 2004 in die Naturschutzarbeit.